



PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEEN PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU EURÓPSKY PARLAMENT
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

Plenartagung

Tagungswoche - Plenartagung 8.-9. Oktober 2008

- "Das Wort ist die schärfste aller Waffen"
- Kinderarmut bis 2012 um 50 % verringern
- Abgeordnete fordern koordiniertes Vorgehen in Finanzkrise
- Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte
- Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre
- EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU

Plenartagung

Redaktion & Veröffentlichung :

Andreas KLEINER

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (32) 498 98 33 22

Redaktion & Veröffentlichung :

Katrin EICHEL

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm

Schwerpunkte

In der Tagungswoche finden Sie die zusammenfassende Berichterstattung über die Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 8.-9. Oktober 2008 in Straßburg.

Inhaltsverzeichnis

Tagungswoche - Plenartagung 8.-9. Oktober 2008.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Institutionen.....	5
Schlaglichter der Plenartagung	5
Eröffnung der Sitzung	6
Menschenrechte.....	7
"Das Wort ist die schärfste aller Waffen".....	7
Sozialpolitik.....	9
Kinderarmut bis 2012 um 50 % verringern.....	9
Europäischer Rat.....	11
Abgeordnete fordern koordiniertes Vorgehen in Finanzkrise.....	11
Wirtschaft und Währung.....	14
Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte.....	14
Umwelt.....	16
Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre.....	16
Konstitutionelle Fragen.....	18
EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU	18
Gesundheitswesen.....	19
EU-Gesundheitspolitik 2008-2013.....	19
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	21
Abkürzungen.....	21
Fraktionen.....	21

Institutionen

Schlaglichter der Plenartagung

Auf der Plenartagung in Brüssel vom 8.-9. Oktober befasste sich das EP u.a. mit folgenden Themen: der Vorbereitung des Europäischen Rats vom 15. und 16. Oktober 2008, der Krise der Finanzmärkte, dem Problem der Armut und der sozialen Integration in der EU, Wasserknappheit und Dürre, Maßnahmen zur Verbesserung des EU-Regelungsrahmens für Finanzdienstleistungen, der Lage in Belarus sowie der Gesundheitsstrategie 2008-2013. Zu Beginn der Tagung hielt Ingrid Betancourt eine Rede im Plenum.

Ingrid Betancourt

Die Sitzung begann mit einer feierlichen Sitzung. Um 15 Uhr hielt Ingrid Betancourt eine Rede vor dem Europäischen Parlament.

Vorbereitung des Europäischen Rates

Die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission gaben Erklärungen zur Vorbereitung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 abgeben. Zentrales Thema der Debatte war die Krise der Finanzmärkte.

Regelungsrahmens für Finanzdienstleistungen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung richtet zahlreiche Empfehlungen an die EU-Kommission, die Legislativvorschläge vorlegen soll u. a. zu Maßnahmen zur Verbesserung des EU-Regelungsrahmens für Finanzdienstleistungen, zur Verbesserung der Transparenz, zu Finanzmarktstabilitäts- und Systemrisikomaßnahmen, zur Beaufsichtigung großer grenzübergreifend tätiger Finanzgruppen sowie zu Regelungen für die EU-Finanzmarktstabilität.

Bekämpfung der Armut

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten setzt sich in dem Bericht von Gabriele ZIMMER (Die Linke) kritisch mit dem Problem der Armut und der sozialen Integration in der EU auseinander. Im Jahre 2005 waren 78 Millionen Menschen in der EU von einkommensbedingter Armut bedroht. Ein „nicht geringer Teil“ der Bevölkerung sei nach wie vor sozial ausgegrenzt. Vor allem äußerste Armut und soziale Ausgrenzung stellten „eine Verletzung sämtlicher Menschenrechte“ dar. Die Abgeordneten schlagen daher zahlreiche Maßnahmen vor, um Armut und soziale Desintegration wirksam zu bekämpfen.

Symbole der EU

Das Europäische Parlament will weiterhin die Symbole der EU - etwa die Flagge, die Hymne oder den Leitspruch „In Vielfalt geeint“ - nutzen. Einen entsprechenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen vorgelegt. Im Vertrag von Lissabon wurde auf die Symbole der EU verzichtet.

Wasserknappheit und Dürre

Wasserknappheit und Dürre stellen für die EU eine große Herausforderung dar, so der Umweltausschuss in dem Bericht von Richard SEEBER (ÖVP): die Gesamtkosten von Dürreereignissen für die Wirtschaft lassen sich über die letzten 30 Jahre auf insgesamt 100 Milliarden EUR beziffern. Die Abgeordneten fordern daher ein koordiniertes Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kom-

munaler Ebene. Wichtig sei es zudem, Wasser zu sparen und eine wirksame Wasserpreispolitik zu etablieren.

EU-Gesundheitspolitik 2008-2013

Die Gesundheit in der EU und in der Welt werde „immer stärker bedroht“, so der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Gesundheit sei eine „zentrale politische Frage“. Die Abgeordneten schlagen eine Vielzahl an Maßnahmen für den Gesundheitsbereich vor, u. a. die Bekämpfung der Antibiotikaresistenz, die bessere Erforschung chronischer Krankheiten, Vorsorgeuntersuchungen, Impfkampagnen sowie das „Konzept einer gesunden Lebensweise“.

Kampf gegen Schwarzarbeit

Der Beschäftigungsausschuss fordert, den Kampf gegen Schwarzarbeit zu verstärken. In einigen Mitgliedstaaten mache die Schwarzarbeit 20 % des BIP aus. Die Abgeordneten formulieren zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Neben strikteren Inspektionen und strengeren Kontrollen verlangen sie u. a. eine „Verbesserung der Anreize für reguläre Arbeit“, eine bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Gewerbeaufsichts- und Sozialämtern sowie die Schaffung „legaler Einwanderungswege“.

Lage in Belarus

Rat und Kommission gaben Erklärungen zur „Lage in Belarus“ ab.

Eröffnung der Sitzung

Folgende Änderungen der Tagesordnung wurden beschlossen: Die Debatte zur Vorbereitung des Europäischen Rates umfasste auch die Situation des globalen Finanzsystems. Über eine Resolution wird während der Plenartagung vom 20.-23. Oktober abgestimmt.

Unmittelbar im Anschluss daran debattiert das EP den Bericht von Ieke VAN DEN BURG (SPE, NL) und Daniel DĂIANU (ALDE, RO), der sich u. a. mit einem Regelungsrahmen für Finanzdienstleistungen, Finanzmarktstabilitäts- und Systemrisikomaßnahmen, mit der Beaufsichtigung großer grenzübergreifend tätiger Finanzgruppen sowie mit Regelungen für die EU-Finanzmarktstabilität befasst.

Am Donnerstagmorgen - und nicht wie vorgesehen am Mittwoch - debattiert das Plenum den Bericht von Carlos CARNERO GONZÁLEZ (SPE, ES) zur "Änderung der Geschäftsordnung: Verwendung der Symbole der Union beim Parlament".

Menschenrechte

"Das Wort ist die schärfste aller Waffen"

In einer bewegenden Rede hat sich Ingrid Betancourt am 8. Oktober für die Unterstützung des Europäischen Parlaments während ihrer Gefangenschaft bedankt. "Ich habe gespürt, dass ich nicht allein bin". Immer wieder betonte sie die "Wirkung des Wortes". Das Wort sei "die schärfste aller Waffen, mit Worten können wir befreien, Worte sind die Lösung". Sie rief dazu auf, für die Befreiung der zurückgebliebenen FARC-Gefangenen zu kämpfen.

"Die Tatsache, dass Sie heute hier bei uns sind, ist ein Zeugnis dafür, dass tapfere Menschen im Kampf für Freiheit und Menschenwürde nie die Hoffnung aufgeben", so EP-Präsident Hans-Gert PÖTTERING zu Ingrid Betancourt. "Sie sind in der ganzen Welt zu einem Symbol für Freiheit und menschlichen Widerstand gegen aufgezwungene Bedrängnis und die Beraubung grundlegender Menschenrechte geworden, zu einem Vorbild von Würde und Mut für uns alle", so der Präsident weiter.

Terrorismus, wie ihn die Geiselnnehmer von Ingrid Betancourt praktizierten, sei ein "direkter Anschlag auf unsere Werte, auf Freiheit, Menschenwürde und Demokratie". Das Beispiel Ingrid Betancourts zeige uns erneut deutlich, dass Demokraten nie vor dem Terrorismus weichen dürfen. Es sei eine politische und moralische Verpflichtung sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit immer gewahrt bleibt. Jetzt müssten unsere Anstrengungen unermüdlich fortgesetzt werden, um die Freilassung all derer zu erreichen, die noch immer ihrer Freiheit beraubt sind. Dies sei auch einer der Gründe des heutigen Besuches von Ingrid Betancourt.

"Gespürt, dass ich nicht allein bin"

Ingrid Betancourt äußerte ihre Bewunderung für das Europäische Parlament. Südamerika träume davon, eine Institution wie diese zu haben und im gemeinsamen Dialog für eine bessere Zukunft des Kontinents kämpfen zu können.

Sie bedankte sich für den unermüdlichen Einsatz des Europäischen Parlaments. Oft habe sie im Radio die Plenarsitzungen gehört, und diese haben ihr sehr geholfen, "denn so habe ich gespürt, dass ich nicht allein bin".

Dass sie noch lebe und ihre Lebensfreude wiedererlangt habe, verdanke sie auch den Anwesenden. Sie bezeichnete das Europäische Parlament als die "Plattform, durch die die ganze Welt erfahren hat, wie barbarisch wir behandelt wurden."

"Das Wort ist die schärfste aller Waffen, mit Worten können wir befreien"

Immer wieder betonte Ingrid Betancourt die "Wirkung des Wortes". Die Worte der Parlamentarier hätten sie befreit, lange bevor sie physisch befreit wurde. "Danke, dass sie ihre Herzen geöffnet haben". Sie bezeichnete das Parlament als "den Tempel der Worte", in dem alle Bewusstseinsprozesse der Bevölkerung beginnen. Das Wort sei die schärfste aller Waffen, "mit Worten können wir befreien, Worte sind die Lösung - und glauben sie mir, da bin ich mir ganz sicher."

Sie bedankte sich zudem bei all den Freiheitskämpfern und Menschenrechtsaktivisten, die sich unermüdlich für ihre Befreiung eingesetzt haben. Sie bedankte sich dafür, dass diese jeden Tag dafür gesorgt haben, dass ihr Schicksal nicht in Vergessenheit geriet. Überall auf der Welt hätten die Gefangenen Freundschaft und Solidarität erfahren, "und begonnen hat alles hier, im Europäischen Parlament".

Unsere Lebensweise überdenken

"Hätte unsere Gesellschaft nicht ihre Werte umgekehrt, würde es nicht immer nur um das Streben nach Konsum und Aufstieg gehen", sagt sie, dann würden die FARC und andere militante, terroristische Organisationen es nicht schaffen, so viele Menschen zu rekrutieren. Weil sie nach sozialem Aufstieg streben, würden viele junge FARC-Rekruten zum "Kanonefutter eines sinnlosen Krieges".

Sie appellierte an alle, ihre Lebensweise zu überdenken, nicht zu viel zu fordern auf Kosten anderer. "Wir können nicht den Wasserhahn laufen lassen und hoffen, dass das Fass nicht überläuft" sagte sie.

Für Befreiung der FARC-Gefangenen kämpfen

Auch appellierte sie, für die Befreiung der zurückgebliebenen FARC-Gefangenen zu kämpfen. Unter Tränen las Betancourt deren Namen vor und beschrieb die Umstände der Gefangenschaft. Sie erinnerte auch an die gefangen gehaltene burmesische Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Unter stehenden Ovationen wurde Ingrid Betancourt verabschiedet. Hans Gert Pöttering beendete die feierliche Sitzung mit den Worten, es habe im Europäischen Parlament selten eine Stunde mit solch tiefen menschlichen Empfindungen gegeben. "Indem sie die Kraft des Wortes preisen, ermutigen sie uns, weiterhin unseren Weg zu gehen und das Gespräch zu suchen."

Sozialpolitik

Kinderarmut bis 2012 um 50 % verringern

Das Europäische Parlament verlangt, die Kinderarmut in der EU bis 2012 um 50 % zu verringern. 19 Millionen Kinder seien derzeit von Armut bedroht. Kinderarmut und Not stellen „eine Verletzung grundlegender Menschenrechte“ dar. Zudem fordern die Abgeordneten eine EU-Vorgabe für Mindestlöhne und eine Vergütung von mindestens 60 % des maßgeblichen Durchschnittslohns. Auch die Obdachlosigkeit müsse entschieden bekämpft und bis 2015 beseitigt werden.

Im Jahr 2001, als sich die Union erstmals verpflichtete, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, waren 55 Millionen Menschen in der Union von einkommensbedingter Armut bedroht (15 % der Bevölkerung der EU-15). Im Jahr 2005 war diese Zahl auf 78 Millionen gestiegen (16 % der Bevölkerung der EU-25). 19 Millionen Kinder in der EU sind momentan von Armut bedroht, so der von Gabriele ZIMMER (Die Linke) ausgearbeitete Bericht "über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU".

Die Abgeordneten argumentieren, dass ein „nicht geringer Teil“ der Bevölkerung nach wie vor sozial ausgegrenzt ist, da jeder Fünfte in einer nicht dem Standard entsprechenden Wohnung lebt und jeden Tag circa 1,8 Millionen Menschen Unterkunft in speziellen Einrichtungen für Obdachlose suchen. 31 Millionen Arbeitnehmer oder 15 % erhielten „äußerst niedrige Löhne“. 8 % oder 17 Millionen der Arbeitnehmer seien trotz Beschäftigung arm. Der Anteil der Schulabbrecher betrage mehr als 15 % und nach wie vor bestehe die 'digitale Kluft' (44 % der EU-Bevölkerung haben keine Internet- oder Computer-Kenntnisse).

Kinderarmut bis 2012 um 50 % verringern

Kinderarmut und Not stellen, so das EP, „eine Verletzung grundlegender Menschenrechte“ dar. Die Abgeordneten fordern die EU-Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, die Kinderarmut in der Union bis 2012 um 50 % zu verringern. Eine solche Verringerung sollte anhand von nicht nur ökonomischen Indikatoren gemessen werden.

Insbesondere kinderreiche Familien müssten über ausreichende Einkommen verfügen, um ihren Kindern angemessene Ernährung und Wohnbedingungen sowie Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten sowie Bildung von hoher Qualität bieten zu können, damit sie sich sowohl körperlich als auch persönlich harmonisch entwickeln können. Von großer Bedeutung sei auch, dass Kinder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie an Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können.

Mindestlohn von mindestens 60 % des Durchschnittslohns

20 Millionen Menschen in der EU, die meisten davon Frauen, sind nach Darstellung des EP trotz Erwerbstätigkeit von Armut bedroht, d. h. 6 % der Gesamtbevölkerung und 36 % der erwerbstätigen Bevölkerung leben trotz Erwerbstätigkeit mit dem Risiko der Armut.

Die Abgeordneten fordern die Mitgliedsstaaten daher auf, für garantierte Mindestlohnsysteme zur sozialen Einbeziehung Sorge zu tragen. Angemessene Mindestlohnsysteme stellen eine „Grundvoraussetzung für eine auf sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle“ basierende Europäische Union dar.

An den EU-Ministerrat richtet das EP deshalb die Forderung, eine EU-Vorgabe für Mindestlöhne (gesetzlich, tarifvertraglich vereinbart auf nationaler, regionaler oder Branchenebene), die eine Vergütung von mindestens 60 % des maßgeblichen (nationalen, branchenspezifischen usw.) Durchschnittslohns gewährleistet, sowie des Weiteren einen Zeitplan zur Einhaltung dieser Vorgabe in allen Mitgliedstaaten zu

vereinbaren.

„Angemessenes Mindesteinkommen“ für Zeiträume der Arbeitslosigkeit

Zudem müssten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ein „angemessenes Mindesteinkommen“ für Zeiträume der Arbeitslosigkeit oder für Übergangszeiten zwischen zwei Arbeitsverhältnissen gewährt wird, insbesondere im Hinblick auf Gruppen von Frauen, die zusätzliche Verantwortung zu tragen haben. Auch plädieren die Abgeordneten für ein individualisiertes „angemessenes Mindesteinkommen“, das nicht zwangsläufig an die mit einer Berufstätigkeit verbundenen Beitragszahlungen geknüpft ist.

Obdachlosigkeit bis 2015 beseitigen

Der EU-Ministerrat soll, so eine weitere Forderung der Abgeordneten, eine EU-weite Verpflichtung vereinbaren, bis zum Jahre 2015 Obdachlosigkeit zu beseitigen. Zugleich verlangen sie, dass die Mitgliedstaaten den Zugang zu einer erschwinglichen Wohnung guter Qualität für alle gewährleisten. Als Teil einer breiter angelegten Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit müssten Winternotfallpläne ausgearbeitet und Agenturen geschaffen werden, die die Bereitstellung und den Zugang zu Wohnungen für Gruppen ermöglichen sollen, die diskriminiert werden.

Für „aktive soziale Integrationsstrategien“

In dem Bericht spricht sich das EP auch für „aktive soziale Integrationsstrategien“ aus. Diese müssten sich „entscheidend“ auf die Beseitigung der Armut und der sozialen Ausgrenzung auswirken, sowohl für die Menschen mit Arbeit (die in Armut lebenden Berufstätigen - 'working poor') als auch für die Menschen ohne Erwerbstätigkeit.

Ein „ganzheitlicher Ansatz“ sollte u. a. auf folgenden Grundsätzen beruhen: Eine zur Verhütung der sozialen Ausgrenzung ausreichende Einkommensunterstützung; Verknüpfung mit integrativen Arbeitsmärkten; Verknüpfung mit einem besserer Zugang zu Dienstleistungen hoher Qualität; Einbeziehung der Geschlechterdimension, Bekämpfung der Diskriminierung und aktive Beteiligung.

Aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt

Die Abgeordneten sprechen sich darüber hinaus für die „aktive Einbeziehung in den Arbeitsmarkt für die am meisten benachteiligten Gruppen“ aus. Zu spezifischen Maßnahmen zählen sie hier u. a. die Unterstützung der persönlichen Entwicklung durch Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen sowie Stützungsmaßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und der Fähigkeit, auf dem Arbeitsmarkt zu verbleiben, (z. B. Möglichkeiten der innerbetrieblichen Schulung und des lebenslangen Lernens).

Das Parlament unterstreicht, dass „vorrangig dem Erfordernis der Flexibilität“ in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen Rechnung getragen werden sollte. Die Sozialsysteme sollten die Menschen aktiv dazu motivieren, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei sollte gleichzeitig die Aufgeschlossenheit für eine Veränderung durch Milderung der Einkommenseinbußen und durch Schaffung von Bildungsmöglichkeiten gefördert werden.

540 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 57 dagegen, 32 enthielten sich.

Europäischer Rat

Abgeordnete fordern koordiniertes Vorgehen in Finanzkrise

Die EU müsse koordiniert, gemeinsam und schnell auf die Finanzkrise reagieren, so die große Mehrheit der Abgeordneten in der Debatte zum EU-Gipfel am 15. und 16. Oktober. Unabgestimmte nationale Maßnahmen könnten sich negativ auswirken. Zahlreiche Abgeordnete kritisierten den Mangel an effektiver Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte. Es gebe großen Handlungsbedarf.

Für die französische Ratspräsidentschaft erklärte Jean-Pierre **JOUYET**: "Wir haben keine amerikanische Krise, wir haben eine internationale Krise". Die EU müsse ihrer Verantwortung gerecht werden, die nationalen Maßnahmen müssten in einen europäischen Gesamtrahmen gestellt werden. Eine enge Koordination sei nötig. "Wir müssen sofort handeln. Die Spareinlagen müssen garantiert werden. So können wir das Vertrauen wiederherstellen". Die "financial governance" müsse überdacht werden.

Jouyet erklärte weiter, dass die französische Ratspräsidentschaft eine Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament zum EU-Klimapakete erreichen wolle. Die Zielsetzungen, Grundlagen und die "großen Gleichgewichte" des Klimapakets dürften nicht in Frage gestellt werden. Auch die Frage der Energiesicherheit werde auf dem Europäischen Rat angesprochen.

EU-Kommissionspräsident José Manuel **BARROSO** sprach von einer "nie da gewesenen Finanzkrise", die von den USA verursacht worden sei. Europa habe leider noch nicht die Instrumente, um eine europäische Antwort geben zu können. "Wir brauchen eine Koordinierung in Europa und wir müssen schnell reagieren. Wenn wir nicht koordiniert handeln, wird es sehr schwer für Europa, die Krise zu überwinden. Wir können und wir müssen mehr tun". Rettungsmaßnahmen müssten im europäischen Rahmen abgesprochen stattfinden. Die Mitgliedstaaten müssten innerhalb eines gemeinsamen Rahmens agieren und die grenzüberschreitenden Wirkungen ihres Handelns bedenken. Nötig sei "nicht nur Liquidität, sondern auch Glaubwürdigkeit". Es müsse ein Regelungsrahmen geschaffen werden, um die Risiken einer Krise so gering wie möglich zu halten. Barroso sprach sich auch für einen gemeinsamen, europäischen Ansatz bei der Bankenaufsicht aus. Es gebe hier eine klare europäische Dimension. Barroso kündigte u. a. an, dass es eine Revision der Vorschläge zu Managergehältern geben werde. Auch werde innerhalb der Kommission eine "Lenkungsgruppe für die Finanzkrise" geschaffen. Schließlich sprach Barroso die Themen Klimawandel, Energiepolitik und Vertrag von Lissabon an. Die Kommission sei bereit, das ihrige dafür zu tun, um das Klimapakete rechtzeitig zu verabschieden.

Redner der Fraktionen

Joseph **DAUL** (EVP-ED, FR) sagte, die Finanzkrise gefährde unsere Arbeitsplätze und sei vor allem schlimm für die tausenden Menschen, die gespart haben und die nun miterleben müssen, "dass sich ihr Ersparnis in Luft auflöst". Es habe sich gezeigt, dass unser Finanzsystems "nicht zu kontrollieren" sei.

Daul äußerte die Befürchtung, dass viele kleine und mittlere Unternehmen unter der Krise besonders leiden und kaputt gehen. Europa müsse gemeinsam agieren und ein Beispiel setzen. Es gebe einen "Mangel an Kontrolle". Hier seien neue Regeln nötig. Es sei nicht akzeptabel, dass Manager, die ihr Unternehmen in den Ruin getrieben haben, nicht die Verantwortung dafür übernehmen

"Wir brauchen den Vertrag von Lissabon mehr denn je", so Martin **SCHULZ** (SPD). Die irische Bevölkerung müsse für den Vertrag gewonnen werden. Schulz kritisierte, dass EU-Binnenmarktkommissar McCreevy Mitglied der in der Kommission geschaffenen "Lenkungsgruppe zur Finanzkrise" sei. McCreevy sei der "Apologet der irregeleiteten Marktradikalität". Auch die Mitgliedschaft von Nelly Kroes in der Gruppe kritisierte er. Man dürfe nicht "die Leute, die das Feuer in Europa gelegt haben, in die Feuerwehr berufen".

Plenartagung

Jahrelang habe man das neoliberale Dogma "Der Markt richtet es schon" gehört. Jetzt müssten die Steuerzahler die Zeche zahlen. "Das Haus brennt. Und das Haus, das jetzt abgebrannt ist, muss mit einem neuen Fundament aufgebaut werden", so Schulz. Auf den Finanzmärkten sei nicht genug reguliert worden. Der neoliberale Mainstream sei "klassisch gescheitert". Bestimmte Formen der Spekulationen müssten gesetzlich verboten werden, etwa die Spekulation auf Lebensmittel.

Wir befinden uns in einem Sturm, einem "Hurricane", so Graham **WATSON** (ALDE, UK). Die EU müsse eine gemeinsame Antwort, eine kohärente und koordinierte Politik finden. Künftige Krisen müssten vermieden werden. Einige glaubten, dass sie nun auf dem Grab des Kapitalismus tanzen. Die Krise zeige die "Exzesse der ineffektiv geregelten Märkte". Es gebe natürlich Schuldige. Aber auch die Regierungen gehörten dazu, die Transparenz hätten einfordern müssen. Ehrlicher Kapitalismus bedürfe einer Kontrolle. Der Einlagenschutz von 50.000 Euro sei positiv. Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden müsse verbessert werden.

Pierre **JONCKHEER** (Grüne/EFA, BE) sagte, die Grünen unterstützten die Ergebnisse des gestrigen Rates der Wirtschafts- und Finanzminister. Nötig sei mehr und nicht weniger Europa. Auch klare und strengere Regeln seien unerlässlich. Jonckheer kritisierte die EVP und die Liberalen, die im Parlament Regulierung immer abgelehnt und bekämpft hätten.

Brian **CROWLEY** (UEN, IE) erklärte, gemeinsam könne man mehr erreichen als allein. Was Irland und den Vertrag von Lissabon betreffe, so Crowley weiter, dürfe man seinem Land nicht die Pistole auf die Brust setzen. Die Finanzmärkte betreffend sagte er, das Vertrauen müsse wiederhergestellt werden. "Der Wirtschaftszyklus muss wieder aufs richtige Gleis gesetzt werden".

Francis **WURTZ** (KVEL/NGL, FR) sprach von einer Krise, "die nicht mehr aufzuhalten ist". Jahrelang wurde gesagt, man müsse sparen, die Löhne müssten gesenkt werden. Der Kapitalismus insgesamt sei "brutal und ungerecht". Man müsse nun den Bürgern Rechenschaft ablegen. Die kleinen Sparer und deren Einlagen müssten geschützt werden. Wurtz forderte eine Garantie für alle Spareinlagen in der gesamten EU.

Nigel **FARAGE** (IND/DEM, UK) sprach von "komischer Heuchelei" der deutschen Kanzlerin. Er kritisierte die Idee eines "EU-Finanzministeriums", von dem einige sprächen. Es gebe nicht eine Lösung für alle Länder.

Jana **BOBOŠÍKOVÁ** (Fraktionslose, CZ) sagte, es müsse anerkannt werden, dass der Vertrag von Lissabon tot ist. Die Regierungen müssten aufhören, den Retter der Banken zu spielen. Die Steuerzahler würden verhöhnt. "Wir stehen vor Abschwung und Arbeitslosigkeit".

Weitere deutschsprachige Redner:

"Die Ereignisse überschlagen sich", so Wolf **KLINZ** (FDP). Schuldzuweisungen an Einzelakteure brächten nicht viel, es gebe viele Schuldige. Nötig sei Transparenz, zu lange sei nichts passiert. Die EU-Kommission habe viel zu lange mit Maßnahmen gewartet. Jeder einzelne ergreife nun Maßnahmen.

"Kommissar McCreevy spielt seit Jahren den toten Mann", so Werner **LANGEN** (CDU). Wenn der Kommissionspräsident mutig sei, müsse er McCreevy die Zuständigkeit für die Finanzmärkte entziehen. Heftig kritisierte Langen auch Kommissarin Frau Kroes. Die Kommission müsse den Mut haben, auch Vorschläge gegen den Willen der Mitgliedstaaten zu machen, etwa was die internationale Bankenaufsicht betrifft.

Jo **LEINEN** (SPD) erklärte, alles schreie nach einem starken Europa. Nötig sei eine schnelle Ratifizierung des Vertrages von Lissabon. Er erwarte von dem Gipfel einen klaren Zeitplan, auch was Irland und ein neues Referendum betreffe. "Die EU ist nicht die Ursache für viele Probleme, sondern für viele Probleme die Lösung".

Es sei leider immer eine Krise nötig, um die richtig Dynamik für europäische Gemeinsamkeit zu bekommen, so Othmar **KARAS** (ÖVP). Gemeinsames europäisches Handeln sei nötig, um Krisen zu verhindern. Unabdingbar seien Gesetzesvorschläge u. a. zur europäischen Bankenaufsicht, zu Rating-Agenturen, zur Kredit-

Plenartagung

vergabe und zu Mindeststandards für Investments. Es gehe nicht darum den Markt zu verteufeln, sondern um klare, risiko- und produktabhängige Regulierungen.

Wirtschaft und Währung

Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte

Die aktuelle Finanzkrise zeige, dass Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte weder auf EU-, noch auf internationaler Ebene hinreichend aufeinander abgestimmt sind, so das Europäische Parlament. Nötig sei ein angemessenes Maß an Transparenz. Das EP betont, dass "missbräuchliche Praktiken", wie etwa unzureichendes Risikomanagement und unverantwortliche Kreditvergabe, "erhebliche Gefahren für Finanzinstitute mit sich bringen und die Finanzstabilität bedrohen können".

Ein am 9. Oktober vom Europäischen Parlament angenommener Bericht, ausgearbeitet von Ieke VAN DEN BURG (SPE, NL) und Daniel DAIANU (ALDE, RO) betont den Bedarf an mehr Transparenz und Überwachung und umfasst auch Vorschläge zur Veränderung von Struktur und Aufgaben der Beaufsichtigungsorgane.

Mehr Transparenz und Überwachung

Notwendig "zur Bewältigung von Finanzkrisen" sind laut Bericht "Maßnahmen zur Verbesserung des EU-Regelungsrahmens für Finanzdienstleistungen". Dazu gehörten auch die Offenlegung von außerbilanziellen Positionen und die Pflicht zur Bewertung der Risiken, "damit den Marktteilnehmern ihre Existenz und Funktionsweise bekannt sind". Auch auf nicht regulierten Märkten und bei komplexen Finanzprodukten seien Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz unabdingbar.

Des Weiteren verlangt das Parlament von der Kommission, Maßnahmen zur Regulierung sicherzustellen. Finanzinstitute müssten ihre Vergütungspolitik, einschließlich Aktienoptionen, insbesondere für Direktoren, offen legen, "damit aus den Abschlüssen eindeutig ersichtlich ist, an welchen Transaktionen Führungskräfte beteiligt sind". Auch seien auf dieser Ebene Regeln zur Verwendung einheitlicher Terminologien sowie zur Verbesserung der Transparenz hinsichtlich der Arbeit von Rating-Agenturen nötig.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Das Europäische Parlament empfiehlt, gemeinsame Systemrisikomanahmen zu entwickeln. Bei deren Initiierung, Ausarbeitung und Durchführung ist eine aktive Mitarbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) einschließlich des Ausschusses für Bankenaufsicht des ESZB (BSC) vorgesehen. Genannt werden die Entwicklung von Datenbanken und die Errichtung eines Frühwarnsystems, sowie eine Verbesserung der Regelungen zur Krisenprevention und Krisenmanagement von finanziellen Systemrisiken auf EU-Ebene.

Um ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement zu garantieren, seien genau formulierte Vorschriften für staatliche Beihilfen "im Fall der Insolvenz innerhalb grenzüberschreitender Finanzgruppen" nötig. Ziel sei die Entwicklung einer tragfähigen und dauerhaften Aufsichtsarchitektur. Hierfür sei auch eine hinreichende Koordinierung der EU-Vorschriften für Einlagensicherungssysteme notwendig.

Neustrukturierung der Aufsicht

Der Bericht verlangt die Neuregelung der Beaufsichtigung großer, grenzübergreifend tätiger Finanzgruppen. "Die Kollegien setzen sich aus Vertretern der für die Bankenaufsicht zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden zusammen", heißt es wörtlich im Text.

Im Rahmen des sog. Lamfalussy Prozesses (Verfahren zur Beschleunigung des EU-Gesetzgebungsprozesses) wird auch eine Neustrukturierung der EU-Aufsicht vorgeschlagen. Die Rolle der Stufe-3-Ausschüsse (Vertreter der nationalen Finanzaufsichtsbehörden) soll demnach gestärkt und prazi-

siert, "und eine angemessene Personal- und Mittelausstattung sicher gestellt" werden. Neben beratenden Aufgaben sollen diese einheitliche Bedingungen bei der Umsetzung und Durchsetzung der EU- Rechtsvorschriften "sicherstellen und aktiv fördern".

Weitere Schritte bis Ende des Jahres

Bis Ende 2008 sind die Bildung der Aufsichtsbehörden und der Status der Stufe-3-Ausschüsse zu regeln. Ebenfalls bis Ende 2008 sollen Vorkehrungen für die Überwachung der Finanzmarktstabilität auf EU-Ebene festgelegt werden. "Diese Vorkehrungen sollten eine effiziente Erfassung und Auswertung mikro- und makroprudentieller Informationen zwecks frühzeitiger Ermittlung von potentiellen Risiken für die Finanzstabilität gewährleisten". Diese Vorkehrungen sollten den EU-Aufsichtsbehörden und Zentralbanken die Möglichkeit geben, schnell zu reagieren.

Der Bericht wurde mit 565 Ja-Stimmen, bei 74 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen angenommen.

Umwelt

Gemeinsam gegen Wasserknappheit und Dürre

Wasserknappheit und Dürre stellen für die EU eine große Herausforderung dar, so das Europäische Parlament. Die Gesamtkosten von Dürreereignissen für die Wirtschaft lassen sich über die letzten 30 Jahre auf insgesamt 100 Milliarden EUR beziffern. Die Abgeordneten fordern daher ein koordiniertes Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Wichtig sei zudem, Wasser zu sparen und eine wirksame Wasserpreispolitik zu etablieren.

Wasserknappheit und Dürre seien in den vergangenen 30 Jahren immer häufiger und mit zunehmender Heftigkeit aufgetreten, so das EP in dem von Richard SEEBER (ÖVP) ausgearbeiteten Bericht. Der Klimawandel dürfte diese Situation noch verschärfen. Bereits im Jahr 2007 lebte ein Drittel der Europäer in Regionen, in denen die Wasserressourcen knapp sind.

Koordiniertes Vorgehen

Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die regionalen und lokalen Behörden müssten im Kampf gegen Wasserknappheit und Dürre "unbedingt zusammenarbeiten" und dadurch eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Wasserressourcen gewährleisten. Wasserknappheit und Dürren erforderten wegen der Besonderheiten dieses Problemkreises ein koordiniertes Vorgehen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten wie auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Es sei notwendig, im Fall von Wasserläufen, die durch mehrere Mitgliedstaaten fließen, Formen der interregionalen und staatenübergreifenden Zusammenarbeit bei der integrierten Bewirtschaftung von Wasserkörpern, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, zu schaffen. Gegenseitige Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bedeute nicht, dass die Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten über ihre Wasserressourcen aufgehoben werden soll, so Seeber.

Wassereinsparung "die erste Priorität"

40 % des in der EU verbrauchten Wassers könnten eingespart werden, so das Parlament. Nahezu 20 % des Wassers in der EU gingen infolge ineffizienter Wassernutzung verloren. Wasserknappheit und Trockenheit hingen eng mit der Problematik der Wasserverschwendung zusammen. Wassereinsparung müsse deshalb "die erste Priorität" zur Bewältigung von Wasserknappheit und Dürren sein. Grundsätzlich gehe es um eine "Kultur des Wassersparens in der EU".

Seeber erklärte in der Debatte, dass es hinsichtlich der Wasserverbrauchsmuster sehr große Unterschiede in Europa gebe. Der Durchschnittsverbrauch schwanke in der EU zwischen 100 und 400 Litern, "obwohl eigentlich 80 Liter täglicher Verbrauch pro Person mit einem europäischen Lebensstandard vereinbar sein sollten". Das sei auf Ineffizienz durch veraltete Technologien und auf Wasserverschwendung zurückzuführen. Beispielsweise gingen in den Verteilungsnetzen Frankreichs 30 % Wasser verloren. Das bedeutet für uns, dass wir hier in Europa ein "enormes Einsparungspotenzial" haben. Seeber forderte, dass Europa versuchen müsse, der "globale Leader" bei der Wassereinsparungstechnologie zu werden. Das gebiete zum einen die menschliche Seite des Problems und zum zweiten sei es "das ökonomische Gebot der Stunde".

Wirksame Wasserpreispolitik

Um dem Problem Herr zu werden, seien u. a. umfangreiche Investitionen zur Förderung des technischen Fortschritts in allen Wirtschaftsbereichen nötig. Generell sollten Geräte zur Messung des Wasserverbrauchs eingesetzt werden, damit mehr Wasser eingespart, aufbereitet und überhaupt effizienter und rationeller verwendet wird. Die Wasserverschwendung müsse bekämpft und die Wassernutzung ausgewogener

gestaltet werden, vor allem durch "Mehrfachverwendung von Wasser".

Zudem macht das EP darauf aufmerksam, dass eine "wirksame Wasserpreispolitik", die am wahren Wert des Wassers orientiert ist, der Verbraucherseite Anreize bietet, Wasser sparsamer zu verwenden.

Kennzeichnungssystem für den Wasserverbrauch von Erzeugnissen

Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass ein Kennzeichnungssystem für den Wasserverbrauch von Erzeugnissen, wie es bereits in Bezug auf Energieeffizienz existiert, ein "geeignetes Mittel" wäre, einen nachhaltigeren Wasserverbrauch zu erreichen. Allerdings sollte ein derartiges System freiwillig sein. Zudem sollten bestehende Kennzeichen und Kennzeichnungssysteme berücksichtigt werden, "damit nicht unter den Verbrauchern durch ein Übermaß an Informationen Verwirrung entsteht".

594 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 45 dagegen, 12 enthielten sich.

Konstitutionelle Fragen

EP anerkennt und übernimmt Symbole der EU

Das Europäische Parlament wird weiterhin die Symbole der EU - etwa die Flagge, die Hymne oder den Leitspruch „In Vielfalt geeint“ - nutzen. Einem entsprechenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen hat das Plenum 9. Oktober zugestimmt. Im Vertrag von Lissabon wurde auf die Symbole der EU verzichtet.

Der angenommene Text im Wortlaut:

"Die Symbole der Union

1. Das Parlament anerkennt und übernimmt folgende Symbole der Union
 - die Flagge, die einen Kreis von zwölf goldenen Sternen auf blauem Hintergrund darstellt;
 - die Hymne auf der Grundlage der „Ode an die Freude“ aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven;
 - den Leitspruch „In Vielfalt geeint“.
2. Das Parlament begeht den Europatag am 9. Mai.
3. Die Flagge wird in allen Gebäuden des Parlaments und bei offiziellen Anlässen gehisst. Die Flagge wird in jedem Sitzungssaal des Parlaments verwendet.
4. Die Hymne wird bei der Eröffnung jeder konstituierenden Sitzung und bei anderen feierlichen Sitzungen, insbesondere zur Begrüßung von Staats- oder Regierungschefs oder zur Begrüßung neuer Mitglieder im Zuge einer Erweiterung abgespielt.
5. Der Leitspruch erscheint auf den offiziellen Dokumenten des Parlaments.
6. Das Präsidium prüft die weitere Verwendung der Symbole innerhalb des Parlaments. Das Präsidium legt die Einzelheiten zur Durchführung dieser Bestimmungen fest."

503 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 96 dagegen, 15 enthielten sich.

Gesundheitswesen

EU-Gesundheitspolitik 2008-2013

Die Gesundheit in der EU und in der Welt werde „immer stärker bedroht“, so das Europäische Parlament in einem am 9. Oktober angenommenen Bericht. Gesundheit sei eine „zentrale politische Frage“. Die Abgeordneten schlagen eine Vielzahl an Maßnahmen für den Gesundheitsbereich vor, u. a. die Bekämpfung der Antibiotikaresistenz, die bessere Erforschung chronischer Krankheiten, Vorsorgeuntersuchungen, Impfkampagnen sowie das „Konzept einer gesunden Lebensweise“.

Die Abgeordneten machen in ihrem Bericht zum Weißbuch der EU-Kommission „Gemeinsam für die Gesundheit: ein strategischer Ansatz der EU für 2008–2013“ deutlich, dass die solidarischen Gesundheitssysteme ein „wesentlicher Faktor des europäischen Sozialmodells“ seien. Die Bürger bräuchten Zugang zu einer „angemessenen Gesundheitsfürsorge von höchstmöglicher Qualität“.

Zwar müssten die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich „geachtet“ werden. Allerdings erwarteten die Bürger verstärkt gemeinsam durchgeführte und wirksame Maßnahmen im Gesundheitsbereich. Das Parlament fordert u. a. Zielvorgaben für die Verringerung von Berufskrankheiten, eine Richtlinie über Skelettmuskelerkrankungen, eine Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene sowie Maßnahmen zur Lösung des wachsenden Problems der Gewalt durch Dritte.

Bekämpfung der Antibiotikaresistenz

Die Einnahme von Antibiotika werde aufgrund der steigenden Antibiotikaresistenz „zunehmend sinnlos“, so die Abgeordneten. In einigen Mitgliedstaaten sei der Antibiotikaverbrauch drei bis vier Mal höher als in anderen. Die Antibiotikaresistenz sei „ein europäisches Problem“, da etwa durch Urlaubsreisen die Gefahr der Ausbreitung resistenter Bakterien ansteige.

Das Parlament fordert daher wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenz. So sollten Antibiotika nur auf ärztliche Verschreibung abgegeben werden dürfen. Auch sollten Leitlinien erstellt werden, damit die Verschreibung von Antibiotika zurückgeht und sich auf Fälle beschränkt, in denen ihre Anwendung tatsächlich erforderlich ist. Nötig sei eine „umsichtigere Anwendung“ von Antibiotika.

Vorbeugung und Erforschung chronischer Krankheiten

Ein weiterer wichtiger Aspekt einer gesundheitspolitischen Strategie sei die Erforschung chronischer Krankheiten. Es müssten günstige Voraussetzungen für die Vorbeugung, die Früherkennung und die angemessene Therapie dieser Krankheiten geschaffen werden, um für das Wohlergehen und die Lebensqualität der betroffenen Patienten zu sorgen. Die Möglichkeiten der Vorbeugung von Krankheiten seien „keineswegs erschöpft“.

Von besonderer Bedeutung seien „gut organisierte, umfassende und wirkungsvolle Vorsorgeuntersuchungen“, um die Früherkennung und die unverzügliche Therapie von Krankheiten zu erleichtern und dadurch die Häufigkeit entsprechender Todesfälle und Erkrankungen zu verringern.

Die Abgeordneten empfehlen in diesem Zusammenhang auch die umfassende Einführung von "Gesundheitsfolgenabschätzungen" zum Zweck der Vorbeugung von Krankheiten. Die Auswirkungen der Entscheidungen der beschlussfassenden Gremien auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der lokalen und regionalen Körperschaften und der nationalen Parlamente, auf die Gesundheit der Menschen seien „messbar“.

Impfkampagnen erheblich verstärken

Darüber hinaus müssten – sofern es wirksame Impfstoffe gibt – Impfkampagnen "erheblich" verstärkt werden. Die EU-Kommission wird dringend aufgefordert, einen ehrgeizigen Plan für Vorsorgemaßnahmen zu erarbeiten. Die Ausgaben für die Gesundheit, vor allem wenn es sich um Mittel zur Vorbeugung und frühzeitigen Diagnose von Krankheiten handelt, seien nicht nur Kosten, sondern auch Investitionen, die als „zu erwartende gesunde Lebensjahre“ als Strukturindikator im Rahmen der Lissabon-Strategie bewertet werden könnten.

Konzept einer gesunden Lebensweise

40 % der Gesundheitsausgaben seien auf eine ungesunde Lebensweise zurückzuführen (sie entstehen beispielsweise durch Alkoholkonsum, Rauchen, fehlende körperliche Bewegung und falsche Ernährung). Das Parlament unterstützt daher das Konzept einer gesunden Lebensweise (d. h. gesunde Ernährung, kein Drogenmissbrauch und hinreichende körperliche Bewegung). Allerdings müsse dieses Konzept durch psychosoziale Aspekte ergänzt werden (z. B. ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und Familienleben). Zu einer gesunden Lebensweise gehöre auch eine gute psychische und physische Gesundheit. Dies sei auch ein wichtiger Faktor für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Mangelernährung bekämpfen

Aufgrund von Mangelernährung, von der eine erhebliche Anzahl von EU-Bürgern betroffen ist, so auch 40 % der Krankenhauspatienten und zwischen 40 und 80 % der in Pflegeheimen untergebrachten älteren Menschen, würden für die Gesundheitssysteme ähnlich hohe Kosten anfallen wie im Fall von Adipositas und Übergewicht, so der Ausschuss.

Die Kommission wird daher aufgefordert, im Ernährungsbereich einen verstärkt ganzheitlich ausgerichteten Ansatz zu verfolgen und in der Gesundheitspolitik neben der Adipositas vor allem der Mangelernährung Vorrang einzuräumen. Dieses Thema müsse soweit wie möglich in EU-finanzierte Initiativen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene in den Bereichen Forschung, Bildung und Gesundheitsförderung einbezogen werden.

Für den Bericht von Alojz PETERLE (EVP-ED, SI) stimmten 554 Abgeordnete, 23 stimmten dagegen, 21 enthielten sich.

Codes der parlamentarischen Verfahren

A-Reihe	Berichte und Empfehlungen
B-Reihe	Entschlüsse und mündliche Anfragen
C-Reihe	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
** 	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*** 	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

Abkürzungen

BG	Bulgarien	IE	Irland	AT	Österreich
BE	Belgien	IT	Italien	PL	Polen
CZ	Tschechische Republik	CY	Zypern	PT	Portugal
DK	Dänemark	LV	Lettland	RO	Rumänien
DE	Deutschland	LT	Litauen	SI	Slowenien
EE	Estland	LU	Luxemburg	SK	Slowakei
EL	Griechenland	HU	Ungarn	FI	Finnland
ES	Spanien	MT	Malta	SE	Schweden
FR	Frankreich	NL	Niederlande	UK	Vereinigtes Königreich

Fraktionen

EPP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PES	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE/ADLE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Greens/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
FL	Fraktionslos